

# Melderechts-Kommentar

Bundesmelderecht und Melderechtsrahmengesetz; Mit neuen BMG-Verwaltungsvorschriften

Bearbeitet von  
Jürgen Breckwoldt

2. aktualisierte Auflage. 2017. Buch. 584 S. Hardcover  
ISBN 978 3 8029 1855 1  
Format (B x L): 13,5 x 21 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Passrecht, Melderecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Jürgen Breckwoldt (Hg.)

**WALHALLA**

# Melderechts- Kommentar

Bundsmeldegesetz und  
Melderechtsrahmengesetz  
Mit neuen BMG-Verwaltungsvorschriften

2., aktualisierte Auflage



[ Wissen für die Praxis ]

# Der Praxiskommentar zum gesamten Melderecht

## Bundesmeldegesetz

Das Bundesmeldegesetz (BMG) ist ein Jahr nach seinem Inkrafttreten umfassend durch das 1. Änderungsgesetz angepasst worden. Der Gesetzgeber hat rund ein Drittel aller Paragraphen durch Umformulierungen an Erfahrungen der Meldepraxis angepasst. Das neue Recht ist vollständig eingearbeitet. Aktuelle Rechtsprechung und Verwaltungspraxis sind berücksichtigt:

- Änderung bei der Anmeldung
- Ummeldung von Amts wegen
- Rückwirkende Nebenwohnungsabmeldung
- Meldegeheimnis
- Anmeldung/Änderung bei Flüchtlingen
- Auskunftssperren und bedingter Sperrvermerk
- Auskünfte, insbesondere für Adresshandel und Werbung

## Fortführung der Grundlagen

Umfassende Rechtsprechung zum neuen Melderecht wird es erst in einigen Jahren geben. In Zweifelsfragen bleibt nur der Rückgriffe auf Entscheidungen und Auslegungen zum früheren Recht. Das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) ist aktuell und mit zahlreichen Hinweisen zum geltenden Recht kommentiert:

- Grundlagen von Meldepflichten
- Registerfortführung von Amts wegen
- Rechtsschutzarten

*Jörgen Breckwoldt* ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und mit dem Melderecht seit Jahren in der Praxis befasst. Er ist erfolgreicher Fachautor.

Alle Autoren sind ausgewiesene Verwaltungsspezialisten:

*Dr. Anika Dorthe Luch* (Innenministerium Schleswig-Holstein), *Dr. Sönke Ernst Schulz*, (geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags), *Achim de Vivie* (Stadt Köln) und *Hans-Georg Wilken* (Stadt Karlsruhe).

Jürgen Breckwoldt (Hg.)

# Melderechts-

---

# Kommentar

---

Bundesmeldegesetz und  
Melderechtsrahmengesetz  
Mit neuen BMG-Verwaltungsvorschriften

2., aktualisierte Auflage

Von

Jürgen Breckwoldt

Dr. Anika Dorthe Luch

Dr. Sönke Ernst Schulz

Achim de Vivie

Hans-Georg Wilken



Dieses E-Book enthält den Inhalt der gleichnamigen Druckausgabe, sodass folgender Zitiervorschlag verwendet werden kann:

**Jörgen Breckwoldt (Hg.), Melderechts-Kommentar**  
Walhalla Fachverlag, Regensburg 2017

**Hinweis:** Unsere Werke sind stets bemüht, Sie nach bestem Wissen zu informieren.  
Alle Angaben in diesem Werk sind sorgfältig zusammengetragen und geprüft.  
Durch Neuerungen in der Gesetzgebung, Rechtsprechung sowie durch den Zeitablauf  
ergeben sich zwangsläufig Änderungen. Bitte haben Sie deshalb Verständnis dafür,  
dass wir für die Vollständigkeit und Richtigkeit des Inhalts keine Haftung übernehmen.  
Bearbeitungsstand: Juni 2017

**WALHALLA Digital:**

Auf [www.WALHALLA.de](http://www.WALHALLA.de) finden Sie unser komplettes E-Book- und App-Angebot.  
Klicken Sie doch mal rein!

Wir weisen darauf hin, dass Sie die gekauften E-Books nur für Ihren persönlichen Gebrauch nutzen dürfen. Eine entgeltliche oder unentgeltliche Weitergabe oder Leihe an Dritte ist nicht erlaubt. Auch das Einspeisen des E-Books in ein Netzwerk (z. B. Behörden-, Bibliotheksserver, Unternehmens-Intranet) ist nur erlaubt, wenn eine gesonderte Lizenzvereinbarung vorliegt.

Sollten Sie an einer Campus- oder Mehrplatzlizenz interessiert sein, wenden Sie sich bitte an den WALHALLA-E-Book-Service unter 0941 5684-0 oder [walhalla@walhalla.de](mailto:walhalla@walhalla.de). Weitere Informationen finden Sie unter [www.walhalla.de/b2b](http://www.walhalla.de/b2b).

© Walhalla u. Praetoria Verlag GmbH & Co. KG, Regensburg  
Dieses E-Book ist nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt.  
Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung  
sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in  
irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Bestellnummer: 1855600

*Nutzen Sie das Inhaltsmenü:*

*Die Schnellübersicht führt Sie zu Ihrem Thema.*

|   |     |
|---|-----|
| Vorwort .....   | 7   |
| Gesamtübersicht .....   | 9   |
| Autorenverzeichnis .....  | 15  |
| Abkürzungsverzeichnis .....   | 16  |
| Literaturverzeichnis .....  | 20  |
| I. Bundesmeldegesetz – Kommentar ..   | 21  |
| II. Allgemeine Verwaltungsvorschrift<br>zur Durchführung des Bundesmelde-<br>gesetz ..... | 351 |
| III. Melderechtsrahmengesetz –<br>Kommentar .....   | 433 |
| IV. Synopsen MRRG – BMG – MRRG ..   | 569 |
| Stichwortverzeichnis .....  | 573 |



## Vorwort

Das Bundesmeldegesetz ist ein Jahr nach seinem Inkrafttreten zum 1. November 2015 umfassend durch das 1. Änderungsgesetz (BGBl. I 2016 S. 2218) angepasst worden. Der Gesetzgeber hat rund ein Drittel aller Paragraphen durch Umformulierungen an Erfahrungen der Meldepraxis angepasst. Zuvor hatte es gegenüber der Voraufgabe bereits zwei weitere Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit aufenthaltsrechtlichen Änderungen gegeben (BGBl. I 2015 S. 1722; BGBl. I 2016 S. 130). Das neue Recht ist vollständig eingearbeitet. Aktuelle Rechtsprechung (insbesondere zur Auskunftssperre) und Verwaltungspraxis sind berücksichtigt.

Was ist mit missglückten Gesetzesänderungen, die sich auf nicht mehr existierende Vorschriften beziehen (Bußgeld bei Abmeldeverstößen)?

Welchen Rang hat das Meldegeheimnis? Können Verstöße von Mitarbeitern zur Kündigung führen, selbst wenn es sich tarifrechtlich um „unkündbare“ Angestellte handelt?

Die Wohnungsgeberbestätigung erschwert Scheinanmeldungen. Sie ist jetzt nur für die Anmeldung eines neuen Wohnsitzes notwendig. Wird sie nur vorgelegt oder abgegeben? Was passiert, wenn sie fehlt? Was ist, wenn anstelle des Formulars der Mietvertrag vorgelegt wird?

Wie ist zu verfahren, wenn nur eine Wohnungsgeberbestätigung eingereicht wird, aber keine Anmeldung erfolgt (Altenheimfälle)? Wie wirkt sich Kurzzeitpflege auf den Wohnsitz aus?

Kann ein Zelt ein Wohnsitz sein? Wie bestimmt sich der Wohnsitz für Kinder bei getrenntlebenden Eltern oder bei Betreuten? Wer in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder sonstigen Einrichtungen, die der Betreuung pflegebedürftiger oder behinderter Menschen oder der Heimerziehung dienen, aufgenommen wird oder dort einzieht, wird unter bestimmten Bedingungen von der Meldepflicht befreit. Es stellt sich die Frage: Wie sind dann Altenheime hinsichtlich der Abschaffung der sog. Krankenhausmeldepflicht einzuordnen?

Welche Daten können bei Flüchtlingen/Asylbewerbern ohne ursprüngliche Ausweispapiere eingetragen werden, wenn weder der Familienstand (z. B. verheiratet) noch Abstammung von Kindern noch die Staatsangehörigkeit durch Ausweise oder Urkunden belegt sind? Unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahren sind meldeberechtigt, bei der Bestellung eines Amtsvormunds gibt es erhebliche zeitliche Verzögerungen. Was ist einzutragen? Welche Folgen hat das neue Listenverfahren?

Für Auskünfte gibt es einen grundlegenden Systemwechsel vom Widerspruch zur Einwilligung für Werbezwecke und Adresshandel. Melderegisterauskünfte sind also nicht mehr grundsätzlich zulässig, sondern unzulässig, wenn keine ausdrückliche Einwilligung erfolgt. Die Meldebehörden müssen Stichproben machen und in Verdachtsfällen ermitteln. Wann ist bei anderen Meldebehörden

nachzufragen oder an die Staatsanwaltschaft abzugeben? Sind Anfragen von freiberuflich tätigen Rechtsanwälten oder von Inkasso-Unternehmen gewerblich im Sinne des Melderechts?

Auskunftssperren und Sperrvermerke sind eingehend geregelt. Sie schützen Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit und ähnlich schutzwürdige Interessen der Bürger. In der Meldepraxis spielen Auskunftssperren und Sperrvermerke eine besondere Rolle. Wann sind Gefährdungstatsachen ausreichend glaubhaft gemacht? Ab welchem Zeitpunkt sind solche Sperren einzutragen? Wenn Belege eingereicht sind oder schon bei der ersten Vorsprache bei der Behörde? Wie kann beispielsweise berechtigter Schutz von Kindern in Trennungsfällen von unberechtigter Zugangsentziehung unterschieden werden?

Wird dem Gerichtsvollzieher trotz Auskunftssperre die tatsächliche Anschrift mitgeteilt und erfährt der Gläubiger davon? Können Inkasso-Unternehmen Auskünfte einklagen? Was sind die Unterschiede zwischen der Datenübermittlung an Behörden und der Auskunft an Privatleute oder Unternehmen? Wann sind betroffene Personen vor einer Auskunftsentscheidung anzuhören? Wann erfolgt eine Unterrichtung oder wann ist sie unzulässig? Gelten Sonderrechte von Sicherheitsbehörden auch für Bußgeldverfahren?

Was muss nach neuem Melderecht von den Behörden alles dokumentiert werden? Wie lange sind Meldescheine aufzubewahren? Muss ein Titel einer lateinischen Doktorurkunde eingetragen werden? Kann der Arbeitsname einer Prostituierten bei Teilnahme an gesellschaftlichen Diskussionen ein Künstlername ein? Können Rufnamen berücksichtigt werden? Wie sind Bürger, die bei Religionsgemeinschaften beschäftigt sind, geschützt, wenn die Meldeämter bei den Übermittlungen für die Kirchensteuer die Wiederverheiratung oder die Eingehung einer Lebenspartnerschaft mitteilen? Welche Ordnungswidrigkeit enthält der erste bundeseinheitliche Bußgeldkatalog zum Melderecht?

Auf all diese und weitere Fragen hoffen wir mit dem Melderechts-Kommentar eine kompetente Antwort zu geben, die hilft, Probleme in der Praxis sachgerecht zu lösen.

Norderstedt  
Juni 2017

*Jürgen Breckwoldt*  
Herausgeber

# Gesamtübersicht

|   |     |
|---|-----|
| <b>Vorwort</b>  | 7   |
| <b>Autorenverzeichnis</b>   | 9   |
| <b>Abkürzungsverzeichnis</b>  | 15  |
| <b>Literaturverzeichnis</b>   | 16  |
| <b>I. Bundesmeldegesetz – Kommentar</b>   | 21  |
| <b>Abschnitt 1</b>  |     |
| <b>Allgemeine Bestimmungen</b>  | 21  |
| § 1    Meldebehörden ( <i>Breckwoldt</i> )                                      | 25  |
| § 2    Aufgaben und Befugnisse der Meldebehörden ( <i>Breckwoldt</i> )          | 27  |
| § 3    Speicherung von Daten ( <i>Schulz</i> )                                  | 32  |
| § 4    Ordnungsmerkmale ( <i>Breckwoldt</i> )                                   | 61  |
| § 5    Zweckbindung der Daten ( <i>Breckwoldt</i> )                             | 64  |
| § 6    Richtigkeit und Vollständigkeit des Melderegisters ( <i>Breckwoldt</i> ) | 68  |
| § 7    Meldegeheimnis ( <i>Breckwoldt</i> )                                     | 77  |
| <b>Abschnitt 2</b>  |     |
| <b>Schutzrechte</b>   | 80  |
| § 8    Schutzwürdige Interessen der betroffenen Person ( <i>Breckwoldt</i> )    | 80  |
| § 9    Rechte der betroffenen Person ( <i>Breckwoldt</i> )                      | 84  |
| § 10   Auskunft an die betroffene Person ( <i>Breckwoldt</i> )                  | 88  |
| § 11   Auskunftsbeschränkungen ( <i>Breckwoldt</i> )                            | 94  |
| § 12   Berichtigung und Ergänzung von Daten ( <i>Breckwoldt</i> )               | 102 |
| § 13   Aufbewahrung von Daten ( <i>Breckwoldt</i> )                             | 105 |
| § 14   Löschung von Daten ( <i>Luch</i> )                                       | 111 |
| § 15   Aufbewahrung und Löschung von Hinweisen ( <i>Luch</i> )                  | 117 |
| § 16   Anbieten von Daten an Archive ( <i>Breckwoldt</i> )                      | 120 |
| <b>Abschnitt 3</b>  |     |
| <b>Allgemeine Meldepflichten</b>  | 122 |
| § 17   Anmeldung, Abmeldung ( <i>Wilken</i> )                                   | 122 |
| § 18   Meldebescheinigung ( <i>Wilken</i> )                                     | 132 |
| § 19   Mitwirkung des Wohnungsgebers ( <i>Wilken</i> )                          | 137 |

---

|  |  |     |
|--|--|-----|
| § 20   | Begriff der Wohnung ( <i>de Vivie</i> )  | 145 |
| § 21   | Mehrere Wohnungen ( <i>de Vivie</i> )  | 149 |
| § 22   | Bestimmung der Hauptwohnung ( <i>de Vivie</i> )  | 155 |
| § 23   | Erfüllung der allgemeinen Meldepflicht ( <i>Breckwoldt</i> )                                       | 162 |
| § 24   | Datenerhebung, Meldebestätigung ( <i>Breckwoldt</i> )  | 171 |
| § 25   | Mitwirkungspflichten der meldepflichtigen Person ( <i>Breckwoldt</i> )                             | 175 |
| § 26   | Befreiung von der Meldepflicht ( <i>Breckwoldt</i> )   | 178 |
| § 27   | Ausnahmen von der Meldepflicht ( <i>Breckwoldt</i> )   | 181 |
| <b>Abschnitt 4</b>                                       |  |     |
| <b>Besondere Meldepflichten</b>                          |  | 187 |
| § 28   | Besondere Meldepflichten für Binnenschiffer und Seeleute ( <i>Breckwoldt</i> )                     | 187 |
| § 29   | Besondere Meldepflicht in Beherbergungsstätten ( <i>Breckwoldt</i> )                               | 190 |
| § 30   | Besondere Meldescheine für Beherbergungsstätten ( <i>Breckwoldt</i> )                              | 195 |
| § 31   | Nutzungsbeschränkungen ( <i>Breckwoldt</i> )   | 199 |
| § 32   | Besondere Meldepflicht in Krankenhäusern, Heimen und ähnlichen Einrichtungen ( <i>Breckwoldt</i> ) | 201 |
| <b>Abschnitt 5</b>                                       |  |     |
| <b>Datenübermittlungen</b>                               |  |     |
| <b>Unterabschnitt 1</b>                                  |  |     |
| <b>Datenübermittlungen zwischen öffentlichen Stellen</b> |  | 205 |
| § 33   | Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden ( <i>Breckwoldt</i> )                               | 205 |
| § 34   | Datenübermittlungen an andere öffentliche Stellen ( <i>Breckwoldt</i> )                            | 213 |
| § 35   | Datenübermittlungen an ausländische Stellen ( <i>Breckwoldt</i> )                                  | 225 |
| § 36   | Regelmäßige Datenübermittlungen ( <i>Breckwoldt</i> )  | 227 |
| § 37   | Datenweitergabe ( <i>Breckwoldt</i> )  | 230 |
| § 38   | Automatisierter Abruf ( <i>Breckwoldt</i> )  | 232 |
| § 39   | Verfahren des automatisierten Abrufs ( <i>Breckwoldt</i> )   | 239 |
| § 40   | Protokollierungspflicht bei automatisiertem Abruf ( <i>Breckwoldt</i> )                            | 244 |
| § 41   | Zweckbindung übermittelter Daten und Hinweise ( <i>Breckwoldt</i> )                                | 248 |
| § 42   | Datenübermittlungen an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften ( <i>Breckwoldt</i> )         | 250 |
| § 43   | Datenübermittlungen an die Suchdienste ( <i>Breckwoldt</i> )                                       | 259 |

|   |     |
|---|-----|
| <b>Unterabschnitt 2</b>   |     |
| <b>Melderegisterauskunft</b>  | 265 |
| § 44 Einfache Melderegisterauskunft ( <i>Breckwoldt</i> )   | 265 |
| § 45 Erweiterte Melderegisterauskunft ( <i>Breckwoldt</i> )   | 280 |
| § 46 Gruppenauskunft ( <i>Breckwoldt</i> )  | 284 |
| § 47 Zweckbindung der Melderegisterauskunft ( <i>Breckwoldt</i> )   | 288 |
| § 48 Melderegisterauskunft für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten<br>( <i>Breckwoldt</i> )                                   | 291 |
| § 49 Automatisierte Melderegisterauskunft ( <i>Breckwoldt</i> )   | 293 |
| § 50 Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen ( <i>Breckwoldt</i> )  | 302 |
| § 51 Auskunftssperren ( <i>Breckwoldt</i> )   | 309 |
| § 52 Bedingter Sperrvermerk ( <i>Breckwoldt</i> )   | 323 |
| <br>  |     |
| <b>Unterabschnitt 3</b>   |     |
| <b>Zeugenschutz</b>   | 328 |
| § 53 Zeugenschutz ( <i>Breckwoldt</i> )   | 328 |
| <br>  |     |
| <b>Abschnitt 6</b>  |     |
| <b>Ordnungswidrigkeiten</b>   | 329 |
| § 54 Bußgeldvorschriften ( <i>Breckwoldt</i> )  | 329 |
| <br>  |     |
| <b>Abschnitt 7</b>  |     |
| <b>Sonstige Vorschriften, Schlussvorschriften</b>   | 339 |
| § 55 Regelungsbefugnisse der Länder ( <i>Breckwoldt</i> )   | 339 |
| § 56 Verordnungsermächtigungen ( <i>Breckwoldt</i> )  | 345 |
| § 57 Verwaltungsvorschriften ( <i>Breckwoldt</i> )  | 348 |
| § 58 Bericht und Evaluierung ( <i>Breckwoldt</i> )  | 349 |
| <br>  |     |
| <b>II. Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur<br/>Durchführung des Bundesmeldegesetzes (BMGVwV)</b>                               | 351 |
| Nr. 1–58  | 351 |
| Anlagen:  |     |
| 1. Verfahrenshinweise zur Umsetzung der unstrukturierten Namensdar-<br>stellung im Meldewesen ab 1. November 2015 (Anl. 1 BMGVwV) | 400 |
| 2. Wohnungsgeberbestätigung (§ 19 Abs. 3 BMG) (Anl. 2 BMGVwV)   | 404 |
| 3. Hinweispflichten auf dem Meldeschein (Anl. 3 BMGVwV)   | 408 |

|  |     |
|--|-----|
| 4. Optionale Hinweise (Anl. 4 BMGVwV)  | 412 |
| 5. Datenübermittlungen an Behörden gem. § 34 BMG (Anl. 5 BMGVwV)   | 414 |
| 6. Automatisierter Abruf von Meldedaten durch Behörden gem. § 38 BMG (Anl. 6 BMGVwV)   | 416 |
| 7. Ablauf der Bearbeitung einer einfachen Melderegisterauskunft (MRA) nach § 44 BMG (ohne Gebührenforderung) (Anl. 7 BMGVwV)   | 417 |
| 8. Ablauf der Bearbeitung beim automatisierten Abruf nach § 49 Abs. 2 BMG einer einfachen Melderegisterauskunft (MRA) nach § 44 BMG (ohne Gebührenforderung) (Anl. 8 BMGVwV)                                 | 420 |
| 9. Die Maske einer Melderegisterauskunft im automatisierten Verfahren (Anl. 9 BMGVwV)  | 422 |
| 10. Weiterbearbeitung einer einfachen Melderegisterauskunft (§ 44 BMG) im Wege des automatisierten Abrufs nach § 49 BMG im Falle einer Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 BMG (Anl. 10 BMGVwV)                 | 424 |
| 11. Weiterbearbeitung einer einfachen Melderegisterauskunft (§ 44 BMG) im Wege des automatisierten Abrufs nach § 49 BMG im Falle einer Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 BMG (Anl. 11 BMGVwV) | 425 |
| 12. Weiterbearbeitung einer einfachen Melderegisterauskunft (§ 44 BMG) im Wege des automatisierten Abrufs nach § 49 BMG im Falle eines bedingten Sperrvermerks nach § 52 BMG (Anl. 12 BMGVwV)                | 426 |
| 13. Weiterbearbeitung einer einfachen Melderegisterauskunft nach § 44 BMG im Falle einer Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 bis 3 BMG (Anl. 13 BMGVwV)   | 427 |
| 14. Weiterbearbeitung einer einfachen Melderegisterauskunft nach § 44 im Falle eines bedingten Sperrvermerks nach § 52 BMG (Anl. 14 BMGVwV)  | 429 |
| 15. Evaluierung nach § 58 BMG (Anl. 14 BMGVwV)   | 431 |

### III. Melderechtsrahmengesetz – Kommentar

|   |     |
|---|-----|
| <b>Erster Abschnitt</b>   |     |
| <b>Allgemeine Bestimmungen</b>  | 433 |
| § 1 Aufgaben und Befugnisse der Meldebehörden ( <i>de Vivie</i> )           | 436 |
| § 2 Speicherung der Daten ( <i>de Vivie</i> )                               | 442 |
| § 3 Zweckbindung der Daten ( <i>de Vivie</i> )                              | 457 |
| § 4 Datenerhebung ( <i>de Vivie</i> )                                       | 460 |
| § 4a Richtigkeit und Vollständigkeit des Melderegisters ( <i>de Vivie</i> ) | 462 |
| § 5 Meldegeheimnis ( <i>de Vivie</i> )                                      | 469 |

|      |  |     |
|------|--|-----|
|      | <b>Zweiter Abschnitt</b>   |     |
|      | <b>Schutzrechte</b>  | 471 |
| § 6  | Schutzwürdige Interessen der Betroffenen ( <i>de Vivie</i> )   | 471 |
| § 7  | Rechte der Betroffenen ( <i>de Vivie</i> )   | 474 |
| § 8  | Auskunft an den Betroffenen ( <i>de Vivie</i> )  | 477 |
| § 9  | Berichtigung und Ergänzung von Daten ( <i>de Vivie</i> )   | 484 |
| § 10 | Löschung und Aufbewahrung von Daten ( <i>de Vivie</i> )  | 487 |
|      | <b>Dritter Abschnitt</b>   |     |
|      | <b>Meldepflichten</b>  | 494 |
| § 11 | Allgemeine Meldepflicht ( <i>de Vivie</i> )  | 494 |
| § 12 | Mehrere Wohnungen ( <i>de Vivie</i> )  | 503 |
| § 13 | Binnenschiffer und Seeleute ( <i>de Vivie</i> )  | 510 |
| § 14 | Befreiung von der Meldepflicht ( <i>de Vivie</i> )   | 512 |
| § 15 | Ausnahmen von der Meldepflicht ( <i>de Vivie</i> )   | 514 |
| § 16 | Besondere Meldepflicht in Beherbergungsstätten, Krankenhäusern, Heimen und ähnlichen Einrichtungen ( <i>de Vivie</i> ) | 518 |
|      | <b>Vierter Abschnitt</b>   |     |
|      | <b>Datenübermittlungen</b>   | 524 |
| § 17 | Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden ( <i>de Vivie</i> )   | 524 |
| § 18 | Datenübermittlungen an andere Behörden oder sonstige öffentliche Stellen ( <i>de Vivie</i> )                           | 530 |
| § 19 | Datenübermittlungen an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften ( <i>de Vivie</i> )                               | 539 |
| § 20 | Rechtsverordnungen zur Datenübermittlung ( <i>de Vivie</i> )   | 544 |
| § 21 | Melderegisterauskunft ( <i>de Vivie</i> )  | 547 |
| § 22 | Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen ( <i>de Vivie</i> )  | 559 |
|      | <b>Fünfter Abschnitt</b>   |     |
|      | <b>Anpassungs- und Schlussvorschriften</b>   | 563 |
| § 23 | Anpassung der Landesgesetzgebung; unmittelbare Geltung ( <i>de Vivie</i> )   | 563 |
| § 24 | Übergangsbestimmungen ( <i>de Vivie</i> )  | 566 |
| § 25 | (weggefallen)  | 566 |

---

|            |                                   |            |
|------------|-----------------------------------|------------|
| § 26       | (Änderung anderer Gesetze)        | 566        |
| § 27       | (gegenstandslos)                  | 566        |
| § 28       | (Inkrafttreten, Außerkrafttreten) | 566        |
| <b>IV.</b> | <b>Synopsen MRRG – BMG – MRRG</b> | <b>569</b> |
|            | Synopse MRRG – BMG                | 570        |
|            | Synopse BMG – MRRG                | 571        |
|            | <b>Stichwortverzeichnis</b>       | <b>573</b> |

## Autorenverzeichnis

**Jürgen Breckwoldt** ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Norderstedt.

*Er kommentiert §§ 1, 2, 4 – 13, 16, 23 – 58 BMG.*

**Dr. jur. Anika Dorthe Luch** ist Koordinierungsreferentin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten Schleswig-Holstein.

*Sie kommentiert §§ 14, 15 BMG.*

**Dr. Sönke Ernst Schulz** war bis 2015 wissenschaftlicher Assistent und langjähriger Geschäftsführer des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und ist jetzt geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags.

*Er kommentiert § 3 BMG.*

**Achim de Vivie** ist Städtischer Oberrechtsrat, Rechtsamt der Stadt Köln.

*Er kommentiert §§ 20 – 22 BMG, §§ 1 – 28 MRRG.*

**Hans-Georg Wilken** ist Justiziar des Ordnungsamtes der Stadt Karlsruhe.

*Er kommentiert §§ 17 – 19 BMG.*

## Abkürzungsverzeichnis

|             |  |
|-------------|--|
| 1. BMeldDÜV | Verordnung zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden verschiedener Länder (Erste Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung)                                 |
| 2. BMeldDÜV | Verordnung zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen der Meldebehörden an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen des Bundes (Zweite Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung) |
| a. A.       | anderer Ansicht  |
| a. a. O.    | am angegebenen Ort   |
| a. D.       | außer Dienst   |
| a. E.       | am Ende  |
| Abs.        | Absatz   |
| AG          | Amtsgericht  |
| ÄndG        | Änderungsgesetz  |
| AO          | Abgabenordnung   |
| Art.        | Artikel  |
| AufenthG    | Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz)  |
| Az.         | Aktenzeichen   |
| AZRG        | Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz)  |
| BayObLG     | Bayerisches Oberlandesgericht  |
| BDSG        | Bundesdatenschutzgesetz  |
| Beschl.     | Beschluss  |
| BevStatG    | Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungstatistikgesetz)   |
| BGB         | Bürgerliches Gesetzbuch  |
| BGBI.       | Bundesgesetzblatt  |
| BGH         | Bundesgerichtshof  |
| BImSchG     | Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)                            |

|            |   |
|------------|---|
| BMeldDAV   | Verordnung zu Voraussetzungen von automatisierten Melde-<br>datenabrufen durch Behörden oder sonstige öffentliche Stel-<br>len des Bundes und der Länder<br>(Bundesmeldedatenabrufverordnung) |
| BMG        | Bundesmeldegesetz   |
| BMGVwV     | Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Bun-<br>desmeldegesetzes  |
| BR-Drucks. | Bundesratsdrucksache  |
| BT-Drucks. | Bundestagsdrucksache  |
| BVerfG     | Bundesverfassungsgericht  |
| BVerfGG    | Bundesverfassungsgerichtsgesetz   |
| BVerfSchG  | Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in<br>Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bun-<br>desamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz)      |
| BVerwG     | Bundesverwaltungsgericht  |
| BVerwGE    | Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche<br>Sammlung)   |
| BVZG       | Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und<br>Flüchtlinge<br>(Bundesvertriebenengesetz)   |
| BWG        | Bundeswahlgesetz  |
| BZRG       | Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister  |
| BZSt       | Bundeszentralamt für Steuern  |
| bzw.       | beziehungsweise   |
| ca.        | circa   |
| d. h.      | das heißt   |
| De-MailG   | De-Mail-Gesetz  |
| DÖV        | Die Öffentliche Verwaltung  |
| DS-Meld    | Datensatz für das Meldewesen – Einheitlicher Bundes-/Län-<br>derteil  |
| DVBl.      | Deutsches Verwaltungsblatt  |
| EG         | Europäische Gemeinschaft  |
| EStG       | Einkommensteuergesetz   |
| EU         | Europäische Union   |
| EUAbgG     | Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Euro-<br>päischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland   |

|             |  |
|-------------|--|
| EuGH        | Europäischer Gerichtshof   |
| EWG         | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft  |
| EWR         | Europäischer Wirtschaftsraum   |
| ff.         | folgende   |
| FlaggRG     | Gesetz über das Flaggenrecht der Seeschiffe und die Flaggenführung der Binnenschiffe (Flaggenrechtsgesetz)   |
| FreizügG/EU | Gesetz über die Allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU)   |
| GenG        | Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften   |
| GG          | Grundgesetz  |
| ggf.        | gegebenenfalls   |
| GmbH        | Gesellschaft mit beschränkter Haftung  |
| i. V. m.    | in Verbindung mit  |
| JGG         | Jugendgerichtsgesetz   |
| JStG        | Jahressteuergesetze  |
| LDSG        | Landesdatenschutzgesetz  |
| LMeldG      | Landesmeldegesetz  |
| m. w. N.    | mit weiteren Nachweisen  |
| MeldFortG   | Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens   |
| MRRG        | Melderechtsrahmengesetz  |
| MZG 2005    | Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie über die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005) |
| NATO        | North Atlantic Treaty Organisation   |
| NJW         | Neue Juristische Wochenschrift   |
| Nr.         | Nummer   |
| NVwZ        | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht  |
| OSCI        | Internet-Transportprotokoll  |
| OVG         | Oberverwaltungsgericht   |
| OWiG        | Ordnungswidrigkeitengesetz   |
| PassG       | Passgesetz (Paßgesetz)   |
| PAusweisG   | Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz)   |

|          |   |
|----------|---|
| PortalVO | Verordnung zu den Voraussetzungen und dem Verfahren der Zulassung von in nicht öffentlich-rechtlicher Form betriebenen Portalen zur Durchführung von einfachen Melderegisterauskünften über das Internet (Portalverordnung) |
| PStG     | Personenstandsgesetz  |
| PStV     | Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes  |
| Rn.      | Randnummer  |
| S.       | Seite   |
| SchRegO  | Schiffsregisterordnung  |
| SG       | Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz)  |
| SGB VI   | Sozialgesetzbuch – Sechstes Buch  |
| SGB IX   | Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch   |
| SigG     | Gesetz über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen (Signaturgesetz)   |
| SprengG  | Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz)  |
| StAG     | Staatsangehörigkeitsgesetz  |
| StGB     | Strafgesetzbuch   |
| StIdV    | Verordnung zur Vergabe steuerlicher Identifikationsnummern  |
| StPO     | Strafprozessordnung   |
| StVG     | Straßenverkehrsgesetz   |
| StVG     | Straßenverkehrsgesetz   |
| StVollzG | Strafvollzugsgesetz   |
| VG       | Verwaltungsgericht  |
| VGH      | Verwaltungsgerichtshof  |
| vgl.     | vergleiche  |
| VO       | Verordnung  |
| VwGO     | Verwaltungsgerichtsordnung  |
| VwV      | Verwaltungsvorschriften   |
| VwVfG    | Verwaltungsverfahrensgesetz   |
| WaffG    | Waffengesetz  |
| WPfIG    | Wehrpflichtgesetz   |
| XMeld    | XML-Spezifikation zum Meldewesen  |
| z. B.    | zum Beispiel  |

## Literaturverzeichnis

|                               |  |
|-------------------------------|--|
| Ehmann/Brunner                | Pass-, Ausweis- und Melderecht,<br>Loseblattwerk, 2017                       |
| Eyermann                      | Verwaltungsgerichtsordnung: VwGO,<br>Kommentar, 14. Auflage, 2014            |
| Gola/Schomerus                | BDSG: Bundesdatenschutzgesetz, Kommentar,<br>12. Auflage, 2015               |
| Hoffmann                      | Das neue Melderecht 2015, 1. Auflage, 2014                                   |
| Koch                          | Bundesmeldesgesetz, 1. Auflage, 2015   |
| Lehmann                       | Aktuelles Waffenrecht, Loseblatt,<br>Stand August 2015                       |
| Maunz/Dürig                   | Grundgesetz, Loseblatt-Kommentar,<br>Stand 74. Ergänzungslieferung, 5/2015   |
| Medert/Süßmuth                | Bundesmeldesgesetz, Stand 5. Aktualisierung 2016                             |
| Medert/Süßmuth                | Melderecht des Bundes und der Länder,<br>Stand 33. Ergänzungslieferung, 2015 |
| MPA                           | Melderecht, Passrecht, Ausweisrecht, Loseblatt,<br>Stand Juni 2017           |
| Kopp/Ramsauer                 | Verwaltungsverfahrensgesetz: VwVfG,<br>Kommentar, 17. Auflage, 2016          |
| Kopp/Schenke                  | Verwaltungsgerichtsordnung: VwGO,<br>Kommentar, 22. Auflage, 2016            |
| Simitis                       | Bundesdatenschutzgesetz, Kommentar,<br>8. Auflage, 2014                      |
| Stelkens/Bonk/Sachs           | Verwaltungsverfahrensgesetz:<br>VwVfG Kommentar, 8. Auflage, 2014            |
| Wolff/Bachof/Stober/<br>Kluth | Verwaltungsrecht, 2010   |

**Kommentar  
Bundesmeldegesetz  
(BMG)**

von

**Jörgen Breckwoldt**

**Dr. jur. Anika Dorthe Luch**

**Dr. jur. Sönke Ernst Schulz**

**Achim de Vivie**

**Hans-Georg Wilken**

# Bundsmeldegesetz (BMG)

Vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084, 2014 S. 1738)

Zuletzt geändert durch  
Erstes Gesetz zur Änderung des Bundsmeldegesetzes  
und weiterer Vorschriften  
vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2218)

## Inhaltsübersicht

### Abschnitt 1

#### Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Meldebehörden (*Breckwoldt*)
- § 2 Aufgaben und Befugnisse der Meldebehörden (*Breckwoldt*)
- § 3 Speicherung von Daten (*Schulz*)
- § 4 Ordnungsmerkmale (*Breckwoldt*)
- § 5 Zweckbindung der Daten (*Breckwoldt*)
- § 6 Richtigkeit und Vollständigkeit des Melderegisters (*Breckwoldt*)
- § 7 Meldegeheimnis (*Breckwoldt*)

### Abschnitt 2

#### Schutzrechte

- § 8 Schutzwürdige Interessen der betroffenen Person (*Breckwoldt*)
- § 9 Rechte der betroffenen Person (*Breckwoldt*)
- § 10 Auskunft an die betroffene Person (*Breckwoldt*)
- § 11 Auskunftsbeschränkungen (*Breckwoldt*)
- § 12 Berichtigung und Ergänzung von Daten (*Breckwoldt*)
- § 13 Aufbewahrung von Daten (*Breckwoldt*)
- § 14 Löschung von Daten (*Luch*)
- § 15 Aufbewahrung und Löschung von Hinweisen (*Luch*)
- § 16 Anbieten von Daten an Archive (*Breckwoldt*)

### Abschnitt 3

#### Allgemeine Meldepflichten

- § 17 Anmeldung, Abmeldung (*Wilken*)
- § 18 Meldebescheinigung (*Wilken*)
- § 19 Mitwirkung des Wohnungsgebers (*Wilken*)
- § 20 Begriff der Wohnung (*de Vivie*)
- § 21 Mehrere Wohnungen (*de Vivie*)

- § 22 Bestimmung der Hauptwohnung (*de Vivie*)
- § 23 Erfüllung der allgemeinen Meldepflicht (*Breckwoldt*)
- § 24 Datenerhebung, Meldebestätigung (*Breckwoldt*)
- § 25 Mitwirkungspflichten der meldepflichtigen Person (*Breckwoldt*)
- § 26 Befreiung von der Meldepflicht (*Breckwoldt*)
- § 27 Ausnahmen von der Meldepflicht (*Breckwoldt*)

#### **Abschnitt 4**

##### **Besondere Meldepflichten**

- § 28 Besondere Meldepflichten für Binnenschiffer und Seeleute (*Breckwoldt*)
- § 29 Besondere Meldepflicht in Beherbergungsstätten (*Breckwoldt*)
- § 30 Besondere Meldescheine für Beherbergungsstätten (*Breckwoldt*)
- § 31 Nutzungsbeschränkungen (*Breckwoldt*)
- § 32 Besondere Meldepflicht in Krankenhäusern, Heimen und ähnlichen Einrichtungen (*Breckwoldt*)

#### **Abschnitt 5**

##### **Datenübermittlungen**

###### **Unterabschnitt 1**

###### **Datenübermittlungen zwischen öffentlichen Stellen**

- § 33 Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden (*Breckwoldt*)
- § 34 Datenübermittlungen an andere öffentliche Stellen (*Breckwoldt*)
- § 35 Datenübermittlungen an ausländische Stellen (*Breckwoldt*)
- § 36 Regelmäßige Datenübermittlungen (*Breckwoldt*)
- § 37 Datenweitergabe (*Breckwoldt*)
- § 38 Automatisierter Abruf (*Breckwoldt*)
- § 39 Verfahren des automatisierten Abrufs (*Breckwoldt*)
- § 40 Protokollierungspflicht bei automatisiertem Abruf (*Breckwoldt*)
- § 41 Zweckbindung übermittelter Daten und Hinweise (*Breckwoldt*)
- § 42 Datenübermittlungen an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (*Breckwoldt*)
- § 43 Datenübermittlungen an die Suchdienste (*Breckwoldt*)

###### **Unterabschnitt 2**

###### **Melderegisterauskunft**

- § 44 Einfache Melderegisterauskunft (*Breckwoldt*)
- § 45 Erweiterte Melderegisterauskunft (*Breckwoldt*)
- § 46 Gruppenauskunft (*Breckwoldt*)
- § 47 Zweckbindung der Melderegisterauskunft (*Breckwoldt*)

- § 48 Melderegisterauskunft für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten (*Breckwoldt*)
- § 49 Automatisierte Melderegisterauskunft (*Breckwoldt*)
- § 50 Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen (*Breckwoldt*)
- § 51 Auskunftssperren (*Breckwoldt*)
- § 52 Bedingter Sperrvermerk (*Breckwoldt*)

### **Unterabschnitt 3**

#### **Zeugenschutz**

- § 53 Zeugenschutz (*Breckwoldt*)

### **Abschnitt 6**

#### **Ordnungswidrigkeiten**

- § 54 Bußgeldvorschriften (*Breckwoldt*)

### **Abschnitt 7**

#### **Sonstige Vorschriften, Schlussvorschriften**

- § 55 Regelungsbefugnisse der Länder (*Breckwoldt*)
- § 56 Verordnungsermächtigungen (*Breckwoldt*)
- § 57 Verwaltungsvorschriften (*Breckwoldt*)
- § 58 Bericht und Evaluierung (*Breckwoldt*)

## Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

### § 1 Meldebehörden

**Meldebehörden sind die durch Landesrecht dazu bestimmten Behörden.**

### Übersicht

|                         |         |
|-------------------------|---------|
| I. Vorbemerkung .....   | Rn. 1   |
| II. Meldebehörden ..... | Rn. 2–6 |

### I. Vorbemerkung

§ 1 BMG greift mit der Nennung der durch Landesrecht bestimmten Meldebehörden eine sinngemäße Eingangsformulierung aus § 1 Abs. 1 Satz 1 MRRG auf (vgl. Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG) v. 16. 11. 2011, BT-Drucks. 17/7746 S. 34; unverändert im Innenausschuss, Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drucks. 17/10158 v. 27. 8. 2012, S. 4, und im Vermittlungsausschuss, BT-Drucks. 17/12463 v. 26. 2. 2013).

#### **Siehe zu bisherigen Landesregelungen**

*§ 1 MeldG BW, Art. 2 MeldG Bay, § 1 MeldG Berl, § 2 MeldG Bbg, § 2 MeldG Bre, § 1 MeldG HH, § 2 MeldG Hess, § 2 MeldG M-V, § 1 MeldG Nds, § 2 MeldG NRW, § 2 MeldG RP, § 2 MeldG Saar, § 1 MeldG Sachs, § 1 MeldG LSA, § 2 MeldG S-H, § 2 MeldG Thür.*

### II. Meldebehörden

Das Meldewesen hat sich aus einem ursprünglich sicherheitspolizeilichen Instrument zu einem Informationssystem für eine ganze Reihe von kommunalen und staatlichen Dienststellen und Behörden über verwaltungsrelevante Daten der Bürger entwickelt. Mithilfe der von den Einwohnern erhobenen und in Melderegistern gespeicherten Daten können unterschiedlichste staatliche Aufgaben erfüllt werden, ohne dass der betroffene Einwohner im Zusammenhang mit der Durchführung der jeweiligen Aufgabe erneut in Anspruch genommen werden muss.

Dies dient der Effizienz des Verwaltungshandelns, ist bürgerfreundlich und trägt überdies zur Kosteneinsparung in vielen Sektoren der öffentlichen Verwaltung bei.

Die melderechtlichen Verhältnisse sind auch Anknüpfungspunkt für die Erhebung der Zweitwohnungssteuer, für die Schlüsselzuweisungen, für das Wahlrecht sowie ggf. auch für die Bemessung von Restmüllvolumina im

Abfallrecht. Nicht zuletzt erfüllt das Meldewesen eine Dienstleistungsfunktion, indem es mithilft, dass Bürger miteinander in Kontakt treten oder gegeneinander Ansprüche durchsetzen können.

- 5** Welche Behörde mit den Aufgaben des Meldewesens betraut wird, haben die Länder eigenständig zu bestimmen (Ortspolizeibehörde, örtliche Ordnungsbehörde, Gemeinde, Bezirksamt, Landeseinwohneramt). Das gilt für die örtliche wie die sachliche Zuständigkeit (Nr. 1 BMGVwV).
- 6** Die Beschreibung der Aufgaben und Befugnisse der Meldebehörde in § 2 BMG (zuvor § 1 Abs. 1 und 2 MRRG) ist von der Festlegung der Meldebehörden klar getrennt.

## § 2 Aufgaben und Befugnisse der Meldebehörden

(1) Die Meldebehörden haben die in ihrem Zuständigkeitsbereich wohnhaften Personen (Einwohner) zu registrieren, um deren Identität und deren Wohnungen feststellen und nachweisen zu können.

(2) Die Meldebehörden führen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Melderegister. Diese enthalten Daten, die bei der betroffenen Person erhoben, von öffentlichen Stellen übermittelt oder sonst amtlich bekannt werden.

(3) Die Meldebehörden erteilen Melderegisterauskünfte, wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes oder sonstiger Rechtsvorschriften bei der Durchführung von Aufgaben anderer öffentlicher Stellen mit und übermitteln Daten.

(4) Die Meldebehörden dürfen personenbezogene Daten, die im Melderegister gespeichert werden, nur nach Maßgabe dieses Gesetzes oder sonstiger Rechtsvorschriften erheben, verarbeiten oder nutzen. Daten nicht meldepflichtiger Personen dürfen nur erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wenn eine Einwilligung vorliegt, die den Vorschriften des Datenschutzgesetzes des jeweiligen Landes entspricht.

## Übersicht

|  |           |
|--|-----------|
| <b>I. Vorbemerkungen</b> .....   | Rn. 1     |
| <b>II. Einwohnerregistrierung (§ 2 Abs. 1 BMG)</b> .....   | Rn. 2–4   |
| 1. Einwohner .....   | Rn. 2     |
| 2. Beherbergungsstätte, Krankenhäuser, Heime .....   | Rn. 3     |
| 3. Registrierung .....   | Rn. 4     |
| <b>III. Melderegister (§ 2 Abs. 2 BMG)</b> .....   | Rn. 5–10  |
| 1. Führen von Melderegistern (§ 2 Abs. 2 Satz 1 BMG) .....   | Rn. 5–8   |
| 2. Inhalt der Melderegister (§ 2 Abs. 2 Satz 2 BMG) .....  | Rn. 9–10  |
| 2.1 Quelle des Melderegisters .....  | Rn. 9     |
| 2.2 Umfang des Melderegisters .....  | Rn. 10    |
| <b>IV. Melderegisterauskünfte (§ 2 Abs. 3 BMG)</b> .....   | Rn. 11–12 |
| 1. Aufgaben (§ 2 Abs. 3 BMG) .....   | Rn. 11    |
| 2. Mitwirkung (§ 2 Abs. 3 BMG) .....   | Rn. 12    |
| <b>V. Befugnis zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten (§ 2 Abs. 4 BMG)</b> ..... | Rn. 13–23 |
| 1. Daten meldepflichtiger Einwohner (§ 2 Abs. 4 Satz 1 BMG) .....  | Rn. 13–20 |
| 1.1 Befugnis durch Rechtsnorm .....  | Rn. 13–14 |
| 1.2 Erhebung von Daten .....   | Rn. 15–16 |
| 1.3 Verarbeiten von Daten .....  | Rn. 17    |
| 1.4 Nutzung von Daten .....  | Rn. 18    |
| 1.5 Lohnsteuerkarte/Bundeszentralamt für Steuern .....   | Rn. 19–21 |
| 2. Daten nicht meldepflichtiger Einwohner (§ 2 Abs. 4 Satz 2 BMG) ..                                     | Rn. 22–23 |

## I. Vorbemerkungen

- 1 § 2 BMG beschreibt die Aufgaben und Befugnisse der Meldebehörden und führt inhaltlich § 1 MRRG fort (vgl. Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens [MeldFortG] v. 16. 11. 2011, BT-Drucks. 17/7746 S. 34; unverändert im Innenausschuss, Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drucks. 17/10158 v. 27. 8. 2012, S. 4, und im Vermittlungsausschuss, BT-Drucks. 17/12463 v. 26. 2. 2013). Unberührt bleibt die Befugnis der Länder und Gemeinden, den Meldebehörden im Rahmen ihrer Organisationshoheit weitere Aufgaben zuzuweisen (Nr. 2.1 BMGVwV).

### **Siehe zu bisherigen Landesregelungen**

§ 1 MeldG BW, Art. 2 MeldG Bay, § 1 MeldG Berl, § 2 MeldG Bbg, § 2 MeldG Bre, § 1 MeldG HH, § 2 MeldG Hess, § 2 MeldG M-V, § 1 MeldG Nds, § 2 MeldG NRW, § 2 MeldG RP, § 2 MeldG Saar, § 1 MeldG Sachs, § 1 MeldG LSA, § 2 MeldG S-H, § 2 MeldG Thür.

## II. Einwohnerregistrierung (§ 2 Abs. 1 BMG)

### 1. Einwohner

- 2 In § 2 Abs. 1 BMG definiert das Gesetz die im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörden wohnhafte Person im Kammersatz als „Einwohner“ und verwendet damit gleichzeitig einen geschlechtsneutralen Begriff ein, ohne das Gesetz durchgängig zu ändern. Als Einwohner ist dabei jede wohnhafte natürliche Person zu verstehen; Staatsangehörigkeit, Geschäftsfähigkeit oder Alter sind dabei nicht ausschlaggebend. § 2 Abs. 1 BMG führt den § 1 Abs. 1 Satz 1 MRRG insoweit unverändert fort.

### 2. Beherbergungsstätte, Krankenhäuser, Heime

- 3 Wohnhaft sind auch die in §§ 29, 32 BMG (vgl. § 16 MRRG) genannten Personen, da sonst keine Meldepflicht entstehen und auch keine Ausnahme hiervon zugelassen werden könnte (a. A. zum MRRG *Medert/Süßmuth*, MRRG § 1 Rn. 16e).

### 3. Registrierung

- 4 Registrierung ist die Bestandsaufnahme durch Eintragung in ein Verzeichnis (vgl. lat. *regesta* Verzeichnis und *regerere* eintragen).

## III. Melderegister (§ 2 Abs. 2 BMG)

### 1. Führen von Melderegistern (§ 2 Abs. 2 Satz 1 BMG)

- 5 Einwohnermeldedaten werden von jeher in einer von der Meldebehörde geführten Datei gespeichert. Als Bezeichnung für diese Datei hat sich seit den Ursprüngen des Meldewesens der Begriff „Melderegister“ erhalten. § 1 Abs. 1

Satz 3 MRRG griff diese historische, im Bewusstsein der Bevölkerung verankerte Bezeichnung auf, sie wird in § 2 Abs. 2 BMG fortgeführt. Diese Vorschrift lässt offen, ob diese Melderegister in automatisierter oder noch in herkömmlicher (manueller) Weise mithilfe von Karteikarten geführt werden.

Das Melderegister ist kein öffentliches Register, das öffentlichen Glauben genießt. Daher sind falsche Angaben strafrechtlich keine mittelbare Falschbeurkundung i. S. d. § 271 StGB (AG Bremen, Beschl. v. 1. 4. 2005 – 73 (75) Ds 120 Ss 7826/01). Falsche Angaben werden in landesrechtlichen Bußgeldtatbeständen sanktioniert. **6**

Melderegister ist jede geordnete Sammlung der Einwohnerdaten in elektronischer Form zur automatisierten Datenverarbeitung. Es ist eine automatisierte Datei im Sinne der allgemeinen Datenschutzgesetze. Zum Melderegister gehören auch Einwohnerdatenbestände, die die Meldebehörden bei anderen Stellen im Rahmen der Auftragsdatenverarbeitung führen lassen. Das Gleiche gilt grundsätzlich für die Daten weggezogener oder verstorbener Personen (Nr. 2.2.1 BMGVwV). **7**

Jede Meldebehörde hat mindestens ein alphabetisch geordnetes Melderegister (Personenregister) zu führen. Darin ist grundsätzlich für jede Person nur ein eigener Datensatz zu führen (Nr. 2.2.1 BMGVwV). **8**

## **2. Inhalt der Melderegister (§ 2 Abs. 2 Satz 2 BMG)**

### **2.1 Quelle des Melderegisters**

§ 2 Abs. 2 Satz 2 BMG (zuvor § 1 Abs. 1 Satz 4 MRRG) regelt, aus welchen Quellen das Melderegister gespeist wird: Angaben des Einwohners, übermittelte Daten von Behörden oder sonstigen öffentlichen Stellen sowie solche, die sonst amtlich bekannt werden (z. B. durch Mitteilung des Wohnungsgebers gemäß § 19 BMG, vgl. Nr. 1.1.1 BMGVwV). **9**

### **2.2 Umfang des Melderegisters**

Zum Melderegister gehören alle Daten einschließlich der Hinweise, die zum Nachweise der Richtigkeit der Daten erforderlich sind (zu den Hinweisdaten siehe MPA-de Vivie, § 2 MRRG Rn. 37). Damit sind auch zu den Akten genommene Schriftstücke Bestandteil des Melderegisters (a. A. *Medert/Süßmuth*, MRRG § 1 Rn. 19b). **10**

## **IV. Melderegisterauskünfte (§ 2 Abs. 3 BMG)**

### **1. Aufgaben (§ 2 Abs. 3 BMG)**

Zu den Aufgaben der Meldebehörde gehört auch die Erteilung von Melderegisterauskünften (§§ 44 ff. BMG, zuvor §§ 21 f. MRRG), die Mitwirkung bei der Durchführung von Aufgaben anderer Behörden oder sonstiger öffentlicher Stellen sowie die Übermittlung von Daten (§§ 33 ff. BMG, zuvor §§ 17 ff. MRRG). **11**

